

Flüchtlingshelfer gründen politische Arbeitsgemeinschaft

Oft fehlt es an Haltung und Personal in den Behörden

Junge Menschen, die trotz Engagement nicht arbeiten dürfen, monatelanges Warten auf die Entscheidung über den Asylantrag, wenig Einfühlungsvermögen von Behördenmitarbeitern: Flüchtlingshelfer in der Stadt sind zunehmend frustriert – und haben nun eine politische Arbeitsgruppe gebildet, um auf die Situation von Geflüchteten aufmerksam zu machen.

„Es ist ein Pulverfass“, sagt Verena Schaarschmidt. Flüchtlinge, die in Deutschland Asyl beantragen, müssen oft monatelang auf eine Entscheidung des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) warten. In dieser Zeit seien viele von ihnen zur Untätigkeit verdammt, sagt die Ehrenamtskoordinatorin für Flüchtlingsarbeit im evangelischen Dekanat Nürnberg.

„Dadurch kommt es zu Depressionen und auch Aggressionen bei den Menschen in den Gemeinschaftsunterkünften.“ Auch ihre Motivation, etwa zu Deutschkursen zu gehen oder sich um Praktika zu bewerben, sinke. Und das geht nicht nur den Geflüchteten so: Auch die Helfer seien zunehmend demotiviert und gefrustet von der Situation. „Dabei brauchen wir die noch in den nächsten fünf Jahren“, sagt Schaarschmidt.

Ehrenamtliche Flüchtlingshelfer und Engagierte aus Nachbarschaftsinitiativen, Kirchen, Organisationen und Helferkreisen haben deshalb nun eine politische Arbeitsgemeinschaft

(AG) ins Leben gerufen. Sie heißt PAHN, was für Politische Arbeitsgemeinschaft Helferkreise Region Nürnberg steht. Mit ihren Erfahrungen aus der praktischen Arbeit wollen die Mitglieder auf die Politik einwirken. „Die Arbeitsgemeinschaft ist Bürgerengagement“, sagt Schaarschmidt. „Wir wollen den Geflüchteten eine politische Stimme geben.“

Es sind Fälle wie der von Gaby Goro, die die Helfer zu der Gründung der AG veranlasst haben. Der junge Mann hat einen syrischen und einen ukrainischen Pass. Er ist vor eineinhalb Jahren nach Deutschland geflüchtet, weil er in beiden Ländern zum Militärdienst eingezogen werden sollte, sagt er. Zu der Ukraine habe er keinerlei Verbindung: Goro hat fast sein ganzes Leben in Syrien verbracht, dort an der Uni einen Abschluss in Geologie gemacht.

Bei einer Nürnberger Firma fand er einen Praktikumsplatz. Die bot ihm einen Job an. Doch Goro bekommt von der Ausländerbehörde keine Arbeitserlaubnis: Das BAMF stuft den Mann als ukrainischen Staatsbürger mit geringer Bleibeperspektive ein und hat seinen Asylantrag abgelehnt. Goro hat Klage dagegen eingereicht. Doch bis das Gericht ein Urteil fällt, können Monate vergehen, berichtet Ilona Christl, Ehrenamtskoordinatorin bei der AWO. Und in der Zeit darf der junge Mann nicht arbeiten.

Inzwischen sind schon drei Monate vergangen. Der Chef rufe noch immer regelmäßig an und halte ihm die Stelle frei. „Ich weiß aber nicht, wie lange das noch geht“, sagt Goro. Inzwischen hat er ein Studium begonnen – das nämlich erlauben die Behörden. „Lieber möchte ich aber arbeiten, ich habe ja schon einen Abschluss.“

„Es ist einfach nicht sinnvoll“, sagt Schaarschmidt. Jahrelang pumpe man Geld in GU und in Sprachkurse, dann machten die Geflüchteten Praktika, fänden einen Job – „und dann verweigert man ihnen die Erlaubnis und lässt sie ins Nichts zurück“.

Die Mitglieder der politischen AG haben ihre Forderungen nun in einem Positionspapier formuliert. „Faire, zügige und transparente Anerkennungsverfahren“ steht darauf unter anderem, „bessere Koordination der staatlichen und städtischen/kommunalen Ämter“ und „interkulturelle Öffnung durch Einstellung von Migrantinnen“. Außerdem will die AG auch eine „Verstärkung der personellen Besetzung“ in städtischen und anderen Anlaufstellen erreichen.

Denn genau da hakt es nach den Erfahrungen der ehrenamtlichen und hauptamtlichen Flüchtlingshelfer. Die Behörden seien personell zu schlecht aufgestellt, um die Anforderungen, die der Flüchtlingszuzug mit sich bringt, zu stemmen, sagt Schaarschmidt. Deshalb müssten Geflüchtete auch oft so lange auf Antworten der Ämter warten.

Wegen des Drucks bleibe manchmal auch die Haltung auf der Strecke, etwa wenn ein Flüchtling bei seinem Termin im Jobcenter eine Stunde stehen muss, weil die Stühle im Raum

nur für die Sachbearbeiterin und seine beiden Begleiterinnen ausreichen, berichtet Christl. „Den Geflüchteten muss mit mehr Menschlichkeit begegnet werden“, fordert sie. Es sei aber nicht alles schlecht, betonen die Flüchtlingskoordinatorinnen. Immer wieder arbeiteten sie auch gut mit den Behörden zusammen.

Nun will die AG mit Politikern in Kommunen, auf Landes- und auf Bundesebene über Lösungen diskutieren. Ein Gespräch im Nürnberger Rathaus habe es bereits gegeben.

Etwa 4000 ehrenamtliche Flüchtlingshelfer engagieren sich in der Stadt, sagt Bernd Arnold von der Stiftung „In Media Vitae“. Rund 20 Teilnehmer kommen regelmäßig zu den PAHN-Treffen. „Viele finden gut, was wir machen, und unterstützen uns“, sagt Schaarschmidt. Aber die Ehrenamtlichen seien oft schon sehr eingespannt und könnten nicht noch einen zusätzlichen Abend in ihren Terminkalendern freischaufeln. „Sie sagen: ‚Was sollen wir denn noch alles machen?‘“

Judith Horn



Blick in die Aufnahmeeinrichtung in den Grundig-Türmen. Flüchtlinge, die nicht arbeiten dürfen und nur in den GU sitzen, können depressiv werden. Foto: Matejka